

# DIE BILDUNGSARBEIT DER POLITISCHEN STIFTUNGEN IN DEUTSCHLAND

DE  
MO  
KRA  
TIE

Politische Stiftungen sind  
Akteurinnen zur nachhaltigen  
Förderung der Demokratie

Politische Bildung befähigt zur  
Teilhabe und aktiven Mitwirkung  
in der Demokratie

Politische Bildung stellt sich  
den aktuellen Herausforderungen  
für die Demokratie

Moderne politische Bildung  
bleibt vor Ort  
und wird digital



# POLITISCHE STIFTUNGEN SIND AKTEURINNEN ZUR NACHHALTIGEN FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE

Demokratie benötigt politische Beteiligung, und politische Beteiligung benötigt politische Bildung. Die Politischen Stiftungen sind dabei wichtige Akteurinnen der demokratischen Bildungsarbeit im Land. Als Trägerinnen der politischen Bildung erfüllen sie mit ihrer Arbeit einen öffentlichen Auftrag, der für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von elementarer Bedeutung ist. Als parteinahe Stiftungen stehen sie politischen Parteien nahe, sind aber inhaltlich, organisatorisch, finanziell und rechtlich unabhängig von diesen. Mit ihren Bildungsangeboten, die allen Menschen im Land offenstehen, tragen sie zum demokratischen Pluralismus und damit zur Stärkung der Parteiendemokratie in Deutschland bei.

Eine lebendige Demokratie braucht aktive Demokratinnen und Demokraten sowie gute politische Bildung als Voraussetzung für die politische Teilhabe. Die Politischen Stiftungen befähigen die Menschen zur demokratischen Teilhabe in Gesellschaft und Politik, in Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie tragen zur Förderung von Vielfalt, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im In- und Ausland

bei. Sie sind ein wichtiger Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Besonderheit Politischer Stiftungen liegt darin, dass sie nicht wertneutral, sondern Teil des politischen Pluralismus sind. Sie stärken die demokratische Vielfalt, indem sie in ihren Angeboten vermitteln, wie die verschiedenen politischen Strömungen auf dem Boden des Grundgesetzes um die jeweils beste Lösung und um politisch-parlamentarische Mehrheiten ringen. Ihr Alleinstellungsmerkmal, parteinah und zugleich unabhängig zu sein, ermöglicht ihre Beteiligung am Wettstreit der Ideen auf der Basis einer gemeinsamen freiheitlichen demokratischen Ordnung, aber mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen.

Die Politischen Stiftungen in Deutschland mit ihren Netzwerken und Partnerorganisationen im In- und Ausland sind eine einzigartige Konstruktion, die weltweit Anerkennung findet. Mit ihrer politischen Bildungsarbeit tragen sie zur Stabilität der Demokratie in Deutschland bei. Mit ihrer weltweiten Arbeit sind sie verlässliche Partnerinnen für die Stärkung demokratischer Verhältnisse in Europa und in der ganzen Welt.

Demokratisches Grundlagenwissen, politische Urteilsfähigkeit und demokratische Diskursfähigkeit müssen in jeder Generation neu erlernt, gestärkt und verstetigt werden. Dazu bedarf es einer kontinuierlichen politischen Bildungsarbeit, die ihrerseits einer verlässlichen Förderung bedarf. Eine verlässliche Finanzierung sichert die qualitative und quantitative Leistungsfähigkeit der Politischen Stiftungen, eine leistungsfähige politische Bildungsarbeit trägt ihrerseits zum Erhalt der Demokratie selbst bei.

Die Politischen Stiftungen werden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert und erfüllen im hohen Maße die Anforderung der Transparenz. Sie setzen die bereitgestellten

Mittel wirtschaftlich und sparsam ein. Sie legen öffentlich Rechenschaft über ihr Wirken ab und ihre Arbeit unterliegt permanenter Kontrolle staatlicher Instanzen.

Ziel der Politischen Stiftungen ist es, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Die hohe Qualität ihrer Angebote wird von den Zuwendungsgebern anerkannt, unterliegt einer regelmäßigen Erfolgskontrolle und wird in einem permanenten Evaluationsprozess weiterentwickelt. Die nachfolgend aufgeführten Thesen unterstreichen die Notwendigkeit politischer Bildung und präzisieren das Selbstverständnis der Politischen Stiftungen.



# POLITISCHE BILDUNG BEFÄHIGT ZUR TEILHABE UND AKTIVEN MITWIRKUNG IN DER DEMOKRATIE

Politische Bildung hat den Auftrag, demokratisches Wissen, Bewusstsein und politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Damit Demokratie lebendig bleibt, muss sich jede Generation neu die demokratischen Werte aneignen und das nötige Wissen erwerben. Die politische Bildungsarbeit der Stiftungen zielt auf Orientierung, Wissensvermittlung, Ermutigung und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Diskurs- und Entscheidungsfähigkeit. Sie unterstützt so politisches Handeln und demokratische Teilhabe. Da sich die gelebte Demokratie selbst wandelt, ist politische Bildungsarbeit ein dauerhafter Prozess und Teil des lebensbegleitenden Lernens.

Politische Bildung zielt auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger, also auf ihre eigenständige politische Urteils- und Handlungskompetenz. Politische Bildung will zur eigenen Meinungsbildung beitragen, nicht agitieren, indoktrinieren oder überwältigen. Sie will das politische Engagement und die Einmischung in Gesellschaft, Parteien und politischen Ämtern stärken.

Als Richtschnur der Bildungsarbeit haben die Politischen Stiftungen den

»Beutelsbacher Konsens« von 1977 übernommen (siehe Anhang). Dessen Grundprinzipien Überwältigungsverbot, Kontroversität und Urteilsbefähigung stehen in klarem Bekenntnis für demokratische Grundwerte und begründen die Ablehnung demokratie- oder menschenfeindlicher Äußerungen.

Politische Bildung macht die Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge durch die Vermittlung von politischen Prozessen, Theoriezusammenhängen und Deutungsmustern verständlich und vermittelt so, dass die politischen Verhältnisse in der Demokratie gestaltbar sind. Zugleich zeigt sie in Rückbindung an die Verfassung eine klare Abgrenzung gegen anti-liberale, antipluralistische und autoritäre Bestrebungen.

Politische Bildung ist ein sozialer Prozess, ist Begegnung, Dialog, Einübung von Toleranz in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und vor allem Motivation und Qualifizierung zum politischen Engagement. Dabei basiert der Erfolg politischer Bildungsarbeit auf Langfristigkeit und Verlässlichkeit: Politische Bildung entfaltet ihre Wirkung nur, wenn sie nachhaltig arbeiten kann.

Die Bildungsangebote der Politischen Stiftungen stehen allen offen. Es ist Anliegen der Politischen Stiftungen, ihr Angebot für alle Zielgruppen leicht zugänglich zu gestalten. Durch Steuerungsinstrumente wie Zertifizierung, Qualitätsmanagement und Evaluationstools wird dabei sichergestellt, dass Qualität, Angebot und Nachfrage der Angebote zur jeweiligen Zielgruppe passen.

Mitwirkung. Aktives politisches Engagement muss wie jede andere Kompetenz erlernt werden. Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen professionalisiert das demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie unterstützt insbesondere diejenigen, die in der Zivilgesellschaft und in der Parteidemokratie Verantwortung wahrnehmen.

Die Bildungsangebote der Politischen Stiftungen befähigen zur aktiven



# POLITISCHE BILDUNG STELLT SICH DEN AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEMOKRATIE

Das Vertrauen in die Demokratie als Grundprinzip und die Bereitschaft zur demokratischen Beteiligung sind ungebrochen. Das Vertrauen in die politischen Institutionen und die geliebte Demokratie hat hingegen abgenommen. Zugleich sind die gesellschaftlichen Ansprüche an die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen gestiegen. Eingefordert werden beispielsweise eine umfassendere Beteiligung an politischen Prozessen oder eine sichtbarere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt in Parteien und Parlamenten. Die politische Bildung wirkt in dieser Situation einer Entfremdung von Bürgerinnen und Bürgern von den politischen Institutionen durch Information, Orientierung und Ermutigung zur aktiven Teilhabe entgegen.

Politische Bildungsarbeit vermittelt die Komplexität politischen Handelns in die Breite der Gesellschaft. Sie verdeutlicht die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung als Ausdruck von Freiheit und Mitbestimmung. Sie trägt so dazu bei, antidemokratische und menschenverachtende Debattenbeiträge und Positionen zu erkennen, die unter dem Deckmantel der freiheitlichen Demokratie eben diese bekämpfen. So stärkt sie die

Diskursfähigkeit in einer vielfältigen Gesellschaft und kann so auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die Politischen Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung des politischen Diskurses in Deutschland. Ihre international geprägte Bildungsarbeit spiegelt die Komplexität politischer Entscheidungen in Europa und einer multilateralen Welt wieder. Aufgrund ihrer internationalen Arbeit und ihrer weltweiten Kontaktnetze sind sie geradezu dazu prädestiniert. So stärken sie die freiheitliche Demokratie in Zeiten nationalistischer und autoritärer Bedrohungen.

Politische Bildungsarbeit vermittelt darüber hinaus die Bedeutung politischer Verfahren und zeigt die Notwendigkeit von Kompromissen als Ausgleich legitimer, vielfältiger und bisweilen gegenläufiger Interessen auf. So wirkt sie einem unrealistischen Politikbild entgegen, das mit überzogenen Erwartungen einer Akzeptanz und Legitimation realer Politik entgegensteht. Die politische Bildung erklärt und verdeutlicht das Wesen des Politischen und wirbt so für die Legitimität und Akzeptanz der demokratischen Praxis.

Der Anspruch an die demokratischen Institutionen und ihre Leistungsfähigkeit ist zuletzt stark gestiegen. Es zeigt sich zudem ein gewachsenes Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach sichtbarer Repräsentation und aktiver Partizipation, im Kleinen wie im Großen. Dies ist ein wünschenswerter und zu fördernder Prozess in einem lebendigen Gemeinwesen. Für

die demokratische Legitimation hat dies Konsequenzen. Zu der bislang dominierenden Legitimation durch Verfahren tritt die Legitimation durch Kommunikation. Den Politischen Stiftungen kommt hier als Vermittlerinnen zwischen Politik und Gesellschaft eine wachsende Bedeutung zu: Sie bieten verstärkt Räume für Dialog, Kommunikation und Diskurs.

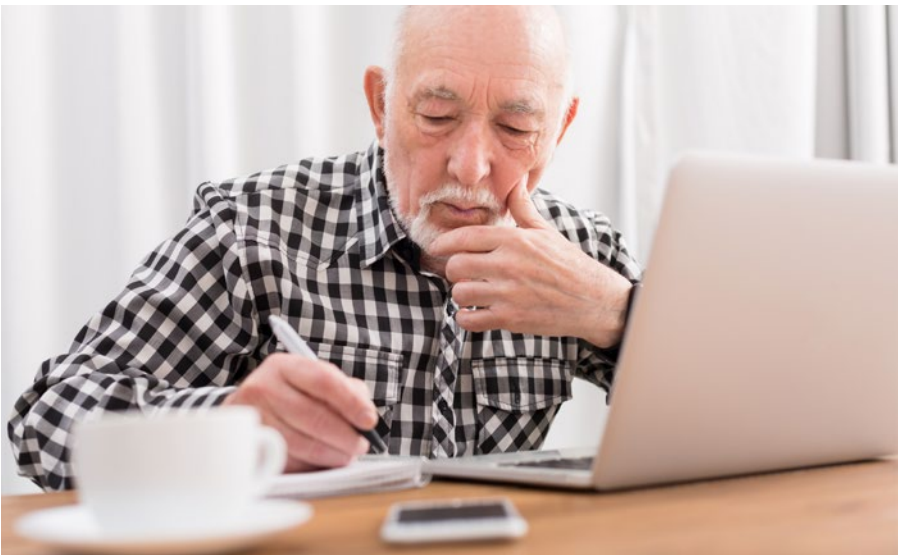




## MODERNE POLITISCHE BILDUNG BLEIBT VOR ORT UND WIRD DIGITAL

Die Angebote der Politischen Stiftungen bilden und vernetzen alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Je nach Zielsetzung und Zielgruppe finden die Angebote vor Ort, digital oder im Hybridformat statt. Die gestiegenen Erwartungen an eine partizipative politische Bildungsarbeit haben höhere Ansprüche an die Didaktik und Methodik zur Folge. Die Qualität und Effizienz der Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen ist dementsprechend in den vergangenen Jahren spürbar gesteigert worden. In den nächsten Jahren steht eine Ausweitung des digitalen Angebots sowie dessen konsequente qualitative Weiterentwicklung an.

Politische Bildungsarbeit wird je nach Zielsetzung und Zielgruppe künftig ebenso digital wie vor Ort stattfinden. Für einen effizienten Mitteleinsatz und eine verstärkte Reichweite der Angebote werden sowohl analoge wie auch virtuelle Formate durchgeführt. Die moderne Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen zielt darauf, eine enge Verzahnung von analogen und digitalen Angeboten unabhängig von Ort und Zeit sicherzustellen. Dazu werden entsprechende Investitionen notwendig sein, da gerade digitale Innovationen ressourcenintensiv und durch kurze Innovationszyklen geprägt sind. Dabei geht es nicht nur um die Beschaffung von



Technik und die Erhöhung von Internet-Bandbreiten, sondern vor allem um neue kreative Lösungen und Know-how, Mit zeitgemäßen Angeboten sollen die Potenziale des digitalen Raums für die Bildungsarbeit konsequent erschlossen und genutzt werden.

Die Digitalisierung der politischen Bildungsarbeit ist ein Schlüssel für eine leichte Zugänglichkeit von Angeboten der Politischen Stiftungen für die ganze Gesellschaft. Im Zuge der Digitalisierungsoffensive der Politischen Stiftungen zeigt sich, dass die digitalen Bildungsangebote insbesondere neue Zielgruppen in Stadt und Land und in unterschiedlichsten Milieus

erreichen. Um der digitalen Entwicklung weiterhin gerecht werden zu können, setzen die Politischen Stiftungen auf innovative Konzepte, um weltweit Menschen und Ideen zu vernetzen, insbesondere junge Menschen zu erreichen und für die Demokratie zu begeistern. Eine wesentliche Herausforderung ist die Ausweitung der digitalen Zugänglichkeit und ein möglichst medienbruchfreies, zielgruppengerechtes Angebot.

Mit ihren Bildungsangeboten stellen sich die Politischen Stiftungen den Herausforderungen der digitalisierten Welt und eröffnen vielfältige Möglichkeiten politischer Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger.

# Anhang I

## Transparente Verwendung der Mittel

Auszug aus »Gemeinsame Erklärung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Friedrich-Naumann- Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung e. V. und der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.« (November 1998); Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V. (beigetreten 2003):



### **Sechster Abschnitt: Kontrolle und Öffentliche Rechen- schaftslegung**

1. Die Politischen Stiftungen weisen darauf hin, daß die ordnungsgemäße, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Globalzuschüsse und Projektförderungsmittel seit jeher von der jeweils bewilligenden Bundesbehörde auf der Basis der eingereichten Verwendungsnachweise kontrolliert wird. Die Verwendung der Globalzuschüsse wird zudem aktuell und laufend im Rahmen der begleitenden Kontrolle des Erfolgs durch das Bundesministerium des Innern auf der Grundlage der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) geprüft. Außerdem wird die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Politischen Stiftungen vom Bundesrechnungshof kontrolliert, dessen Prüfrecht sich aus § 104 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung ergibt. Der Bundesrechnungshof legt seine Prüfberichte der jeweils bewilligenden Bundesbehörde vor.

Daneben wird die Verwendung der Landesmittel durch Landesbehörden und Landesrechnungshöfe kontrolliert. Die Einhaltung der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsbestimmungen wird von den Finanzbehörden geprüft.

2. Wie eingangs dargestellt, ist die Information der Öffentlichkeit eine wichtige Vertrauensgrundlage für die Arbeit der Politischen Stiftungen. Es ist ihr vorrangiges Anliegen, die Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend über ihre Arbeit zu informieren und die Verwendung ihrer Mittel transparent zu machen. Sie haben deshalb bereits in den letzten Jahren auch ohne gesetzliche Publizitätspflicht ihre Mittelverwendung offengelegt. Zusätzlich greifen die Politischen Stiftungen die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger auf und werden ihre Wirtschaftsplanung in Form einer Gesamtübersicht nach beigefügtem Muster (Anlage 2) veröffentlichen. Dies gilt gleichermaßen für den vom

Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluß entsprechend § 264 HGB in Form einer Bilanz und einer Einnahmen-/Ausgabenrechnung.

Er enthält ergänzend folgende Angaben (Muster Anlage 3):

- Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr;
- Personelle Besetzung der gesetzlichen Organe der juristischen Person und des Hauptgeschäftsführers bzw. Geschäftsführers sowie dessen Stellvertreters mit Hinweis darauf, welche dieser Personen Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage, der Bundes- oder Landesregierungen oder Bundes- oder Landesvorstände der jeweils nahestehenden Partei sind. Die genannten Angaben werden im Bundesanzeiger und in den Geschäftsberichten der Politischen Stiftungen veröffentlicht. Dies gilt entsprechend für die Wirtschaftsplanung und Jahresabschlüsse anderer gemeinnütziger Organisationen politischer Bildungsarbeit, die eine Politische Stiftung mit Globalmitteln fördert.

Mit diesen bereits praktizierten oder eingeleiteten Maßnahmen ist ein hohes Maß an Transparenz der Finanzierung der Politischen Stiftungen erreicht.

Die Politischen Stiftungen werden ihr Handeln auch künftig nach den Maßstäben dieser Gemeinsamen Erklärung ausrichten.

Die Digitalisierung der politischen Bildungsarbeit ist ein Schlüssel für eine leichte Zugänglichkeit von Angeboten der Politischen Stiftungen für die ganze Gesellschaft. Im Zuge der Digitalisierungsoffensive der Politischen Stiftungen zeigt sich, dass die digitalen Bildungsangebote insbesondere neue Zielgruppen in Stadt und Land und in unterschiedlichsten Milieus erreichen. Um der digitalen Entwicklung weiterhin gerecht werden zu können, setzen die Politischen Stiftungen auf innovative Konzepte, um weltweit Menschen und Ideen zu vernetzen, insbesondere junge Menschen zu erreichen und für die Demokratie zu begeistern. Eine wesentliche Herausforderung ist die Ausweitung der digitalen Zugänglichkeit und ein möglichst medienbruchfreies, zielgruppengerechtes Angebot.

Mit ihren Bildungsangeboten stellen sich die Politischen Stiftungen den Herausforderungen der digitalisierten Welt und eröffnen vielfältige Möglichkeiten politischer Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger.



## Anhang 2

### Beutelsbacher Konsens

#### 1. Überwältigungsverbot.

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der »Gewinnung eines selbständigen Urteils« zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

#### 2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen

politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

#### 3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich – etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer – erhobene Vorwurf einer »Rückkehr zur Formalität«, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.



**KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG**

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
Fon. 030/ 269 96-0  
Fax. 030/ 269 96-3217  
[zentrale@kas.de](mailto:zentrale@kas.de) • [www.kas.de](http://www.kas.de)



**HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG**

**Heinrich-Böll-Stiftung e. V.**

Schumannstraße 8  
10117 Berlin  
Fon. 030/ 28534-0  
Fax. 030/ 28534-109  
[info@boell.de](mailto:info@boell.de) • [www.boell.de](http://www.boell.de)



**Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.**

Bonner Haus  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Fon. 0228/ 883-0  
Fax. 0228/ 883-9218  
[info@fes.de](mailto:info@fes.de) • [www.fes.de](http://www.fes.de)



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

**Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V.**

Straße der Pariser Kommune 8A  
10243 Berlin  
Fon. 030/ 443 10-0  
Fax. 030/ 443 10-222  
[info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de) • [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

**Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit**

Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam  
Fon. 0331/ 7019-0  
Fax. 0331/ 7019-188  
[service@freiheit.org](mailto:service@freiheit.org) • [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)



**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

**Hanns-Seidel-Stiftung e. V.**

Lazarettstraße 33  
80636 München  
Fon. 089/ 1258-0  
Fax. 089/ 1258-356  
[info@hss.de](mailto:info@hss.de) • [www.hss.de](http://www.hss.de)

## IMPRESSUM

2022

ISBN 978-3-98628-256-1

### **Gestaltung/Satz**

Heike Wächter, Berlin

### **Druck**

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

### **Bildquellen**

iStock.com|Halfpoint (S.2)

picture alliance/Westend61|Javier

De La Torre (S.4)

picture alliance/imageBROKER|

Moritz Wolf (S.6)

iStock.com|Prostock-Studio (S.7)

